der Zwang, die bittere Not abzuwehren. Oder sollte Herr Martin schon der Proletarierfamilie als „Luxus" anrechnen den Genuß von Zichorienbrühe und Zucker, den Gebrauch von Seife, Bürsten und Taschentüchern, vor allem aber das Lesen von Zeitungen und Broschüren, die Befriedigung jedes Bildungsbedürfnisses überhaupt? Fast sollte man es meinen, da er als nur der Notdurft lebenden Musterknaben der Ausgebeutetsten der Ausgebeuteten aufmarschieren läßt: den ostpreußischen Landarbeiter.

Je weniger der Verdienst des Mannes hinreicht, bei der fast völlig in Wegfall gekommenen produktiven Thätigkeit der Frau im Hause und den wachsenden Kulturbedürfnissen die Unterhaltskosten der ganzen Familie zu decken, um so zwingender macht sich für größere Kreise proletarischer Ehefrauen die Notwendigkeit geltend, ihrerseits ebenfalls zu erwerben. Ehe die Proletarierin Hausfrau und Mutter sein kann, muß sie Brotverdienerin sein. Dieser Stand der Dinge gelangt in der Berufs- und Gewerbezählung für 1895 klar zum Ausdruck. 1895 übten von 8784508 Ehefrauen 1046381 einen Hauptberuf aus, das ist 11,91% gegen 9,05% im Jahre 1882. Der Anteil der berufsthätigen Ehefrauen an der Zahl der berufsthätigen weiblichen Personen überhaupt ist von rund 13% 1882 auf 16% im Jahre 1895 gestiegen, während der Anteil der Ehefrauen an der Zahl der weiblichen Gesamtbevölkerung um ein weniges abgenommen hat. In der Industrie waren 1882 im Hauptberuf 148913 Ehefrauen thätig, 1895 aber 250666, die Zunahme beträgt also 101753. Wie viele der betreffenden Ehefrauen selbständige Erwerbsthätige waren, wie viele als Lohnarbeiterinnen, insbesondere als Fabrikarbeiterinnen beschäftigt sind, darüber liegen uns zur Zeit keine Angaben vor. Nach den Mitteilungen für Statistik soll die Zahl der letzteren 166000 betragen haben.

Die Befürworter des Verbots der Fabrikarbeit verheirateter Frauen schweigen freilich in der Hoffnung die geforderte Maßregel werde ein Steigen der Männerlöhne bewirken, so daß der Verdienst der Frau für die Familie entbehrlich werde. Diese Hoffnung ist trügerisch.

Die nämlichen Einflüsse des modernen Wirtschaftslebens, die den Verdienst des Mannes herabdrücken, bleiben nach wie vor in Kraft. Und wird dem Unternehmertum die Ausbeutungsmöglichkeit der billigen und willigen Arbeitskraft verheirateter Frauen entzogen, so reizt der allzeit rege Profithunger an, Ersatz dafür zu suchen. Solcher ist aber unschwer zu finden. Mehr Maschinen, bessere Maschinen, vollkommenere Arbeitsverfahren, Zuzug von rückständigen Arbeitskräften vom Lande und von jenseits der Grenzen schaffen dem Manne neue Schmutzkonkurrenz und senken seinen Lohn. Sein Erwerb allein bleibt unzureichend, die Existenzkosten der Familie zu decken. Die alte Notwendigkeit besteht fort, daß die Frau ihrerseits verdienen muß.

Verbietet ihr das Gesetz dem unerläßlichen Erwerb in der Fabrik nachzugehen, so sucht sie ihn auf anderem Gebiete, vor allem in der Hausindustrie. Die Not der Arbeiterfamilie und das Profitbegehren der Kapitalisten wirken in der gleichen Richtung. Die Arbeitskraft der proletarischen Frau ist ein viel zu einträgliches Ausbeutungsobjekt, als daß die Herren aus Rücksicht auf das Verheiratetsein oder dem Gesetz zuliebe darauf verzichten sollten. Wo die Natur eines Betriebes es zuläßt, wird die Arbeit als Heimarbeit vergeben werden.

Und die Folge davon für die verheiratete Proletarierin? Sie geht als Heimarbeiterin des armseligen gesetzlichen Schutzes verlustig, den sie als Fabrikarbeiterin genießt. Der Wechsel bringt ihre Arbeit unter unhygienischen, ja unter den ungesundesten Bedingungen, unregelmäßige und übermäßig ausgedehnte Arbeitszeit und niedrigster Lohn. Aber sie gewinnen damit das Heim zurück, die Möglichkeit, hier als Hausfrau, als Gattin und Mutter zu schalten und zu walten, flöten gerührt die Verfechter des Verbots. Wie wenig kennen die Herren in den proletarischen Verhältnissen Bescheid! Nicht das Heim gewinnt die proletarische Ehefrau zurück, sondern nur den heuchlerischen Schein einer solchen. Ihre dürftigen vier Pfähle hören auf, das Heim zu sein, sie werden zur Werkstatt, zur ungesunden Fabrikshölle. Das Familienleben in den wenigen Stunden der Sklavenrast muß der Unrast des Gewerkslebens weichen, die als ständiger Gast in der Wohnung hockt. Das Kind aber lernt weniger die geduldige, pflegende und hegende Mutter kennen, als vielmehr die überarbeitete, abgerackerte, gereizte Lohnsklavin, die jeden Handgriff für den kargen Verdienst berechnend, auch die kleinste Störung unwillig empfindet. Die gesetzlich ausgiebig geschützte Fabrikarbeiterin, deren Kinder tagsüber Versorgung finden in gut organisierten öffentlichen Krippen, Kindergärten, durch Schulkantinen ꝛc. kann nach Feierabend Mann und Kindern unendlich mehr Pflege und Liebe bieten, vermag das Heim weit traulicher zu gestalten als die abgehetzte Heimarbeiterin. Die Verwandlung der Fabrikarbeiterin in eine Heimarbeiterin gereicht weder der Frau, noch dem Kinde, noch dem Familienleben zum Segen.

Doch noch in anderer Beziehung verfehlt das Verbot der Fabrikarbeit der Ehefrauen vollständig seinen Zweck. Es zerstört, was es festigen und retten sollte: die Familie. Wird es durchgeführt, so geht die Eheschließung im Proletariat zurück, es wächst die Zahl der wilden Ehen, es wächst die Zahl der unehelichen Geburten. Das Proletariat hat bis jetzt im Gegensatz zu den bürgerlichen Klassen eine hohe Zahl der Verehelichungen aufgewiesen, eine niedrige Altersgrenze der Eheschließung. Das Warum ist bekannt. Weil die proletarische Frau im Gegensatz zu der bürgerlichen Dame eine Produzierende ist, nicht eine Nur-Konsumierende; nicht eine Unterhaltene, eine Verdienende. Das Verbot der Fabrikarbeit der verheirateten Frauen ändert die Sachlage. Soll der Mann unter den aufgezeigten Einflüssen des Wirtschaftslebens allein für die Existenzkosten der Familien aufkommen, so wird er vielfach vor der Eheschließung zurückschrecken oder sie möglichst lange hinausschieben. Mit der Ehemöglichkeit schwindet aber nicht der Geschlechtstrieb. Seine Niederzwingung ist bei der wirtschaftlichen und geistig-sittlichen Not der proletarischen Existenz nicht zu erwarten. Es muß sich deshalb die nämliche Erscheinung zeigen, die für ländliche Gegenden charakteristisch ist, in denen das Erbrecht den jüngeren Bauernkindern, in denen die Gesindeverhältnisse dem ländlichen Proletariat eine gesicherte Existenz und damit die Ehemöglichkeit vorenthält. Die Zahl der unehelichen Geburten steigt, es mehren sich die wilden Ehen. Was der Ehefrau des Arbeiters gesetzlich verwehrt ist, das darf seine Geliebte thun: Brot in der Fabrik suchen.

Es fällt uns gewiß nicht ein, die wilde Ehe nach der rohen und verlogenen Auffassung der Spießbürgerei zu bewerten. Sie kann sittlich unendlich höher stehen, als eine bürgerliche Kuppel- und Kaufehe, die weder der Segen des Pfarrers, noch die Formel des Standesbeamten von dem ihr anhaftenden Schmutz reinzuwaschen vermag. Aber wir verkennen die schweren Gefahren nicht, die eine gesetzlich nicht giltige Ehe heutzutage gerade für die Frau in sich birgt: die gesellschaftliche Aechtung — an der die Proletarierin allerdings nicht schwer tragen dürfte — die Möglichkeit des Verlassenwerdens, des Sorgenmüssens für die Kinder. Dem Kinde wollte die Maßregel die Mutter zurückgeben, in Hunderten und Hunderten von Fällen wird sie ihm den Vater vollständig rauben. Die Mutter aber wird gleichzeitig durch die Notwendigkeit, für das Kind allein zu sorgen, fester als je an die Erwerbsarbeit geschmiedet. Dem Sprößling das Märtyrertum des unehelichen Kindes, der Mutter das Märtyrertum und die Sorgenlast der „Gefallenen"!

Was das Verbot der Fabrikarbeit verheirateter Frauen erstrebt, es kann es nicht erreichen. Statt erhöhten Schutzes der proletarischen Ehefrau schafft es erhöhte Ausbeutung; statt Festigung und Ausgestaltung des Familienlebens größere Zerrüttung desselben; statt vermehrten Schutzes und besserer Fürsorge für das Kind eine schlimmere Preisgabe seiner Entwicklung an Not und Zufall. Die Proletarierinnen gelüstet nicht nach dieser Art von „Reform."

An die Krankenkassen Deutschlands.

Vom 24 bis 27. Mai d. J. findet in Berlin der Kongreß zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit statt.

Der Kongreß soll keine Zusammenkunft von Medizinern und Fachgelehrten sein, sondern ist seiner ganzen Veranstaltung nach als ein sozial-hygienischer gedacht, der Schwerpunkt der Verhandlungen liegt in der am Sonnabend, den 27. zu Beratung kommenden Abteilung V, betreffend das Heilstättenwesen.

Die unaeheueren Verheerungen, welche die Schwindsucht unter der Bevölkerung Deutschlands anrichtet, die Opfer, die sie an Menschenleben, Wohlstand und Familienglück alljährlich der Nation entreißt, haben den weitesten Kreisen die Notwendigkeit einer Bekämpfung dieser Seuche vor Grund aus aufgedrängt.

Keine Schicht der Bevölkerung hat aber ein gleiches Interesse an der Schwindsuchtsbekämpfung wie das in den Krankenkassen organisierte Industrieproletariat. Nirgends sind die Opfer der Schwindsucht so grauenhaft wie grade hier. Der Proletarierkrankheit erliegt fast die Hälfte aller Industriearbeiter, wenigstens in den großen Städten. Die Krankenkassen-Statistiken lassen darüber keinen Zweifel. In den besten Jahren, in der Blüte der Mannesstraft, raubt die Schwindsucht dem Arbeiter Gesundheit und Leben. Die Statistik des Reichsversicherungsamts die sich über mehr als 150000 Invaliditätsfälle erstreckt, zeigt, daß von den bis zum dreißigsten Jahre bewilligten Invaliditätsrenten mehr als die Hälfte durch die Lungentuberkulose bedingt ist.

Und welcher Vorstand, welcher Verwaltungsbeamte einer Krankenkasse weiß nicht, wie die Aufwendungen für die Schwindsüchtigen der Kasse die größten Opfer auferlegen, wie der dritte Teil, oft die Hälfte der Gesamtaufwendungen für die Schwindsucht erfolgt.

Krankenkassen Deutschlands! Der Kongreß im Mai wird von grundlegender, fundamentaler Bedeutung für die Schwindsuchtsbekämpfung werden. Ihr, deren Fürsorge die materielle und ideelle Wohlfahrt von mehr als acht Millionen Menschen — der Kern der arbeitsfähigen Bevölkerung Deutschlands — anvertraut ist, habt die Pflicht, mit der ganzen Schwerkraft Eurer Organisationen auf diesem Kongreß dahin zu wirken, daß dem Arbeiter nicht als Almosen, sondern als gesetzliche Berechtigung die Möglichkeit gegeben werde, durch Heilstättenbehandlung den Keim der mörderischen Seuche zu überwinden. Eine stärkere Heranziehung der Invalidität-Anstalten zur vorbeugenden Krankenfürsorge, eine Verwendung der reichen Mittel des größten Teiles dieser Anstalten zur Schwindsuchtsbekämpfung soll herbeigeführt werden, zu Eurer Entlastung, um Euch die Erfüllung Eurer wichtigen Aufgabe, den erkrankten Arbeiter vor dem Versinken ins Elend zu bewahren, mehr als bisher zu ermöglichen.

Eine Vertretung sämtlicher Krankenkassen Deutschlands auf diesem Kongreß ist eine Notwendigkeit, und ist eine Beteiligung an den Beratungen gerade an dem bedeutungsvollsten Tage, am 27. Mai um so wesentlicher, als die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins im unmittelbaren Anschluß für Sonntag, den 28. Mai, eine Konferenz sämtlicher aus ganz Deutschland zum Kongreß delegierten Krankenkassen-Vertreter veranstaltet. Die von Graf Posadowsky in der Reichstagssitzung vom 19. April schon für die nächste Zeit in Aussicht gestellte Novelle zum Krankenkassen-Gesetz, die sicher einschneidende Aenderungen enthalten wird, die Beschlüsse des 27. deutschen Aerztetages in Dresden betreffs obligatorischer Einführung der freien Arztwahl, das Verhältnis der Krankenkassen zu den Invaliditätsanstalten und Berufsgenossenschaften, alle diese für die Krankenkassen so wichtigen Materien machen **eine einheitliche Stellungnahme der Krankenkassen in ganz Deutschland notwendig** und sollen am 28 Mai auf der Berliner Konferenz die prinzipiellen Gesichtspunkte festgelegt werden.

Die aus der Konferenz sich ergebenden prinzipiellen Vereinbarungen sollen lediglich als Richtschnur dienen und den später erfolgenden Beschlüssen irgend einer Körperschaft, irgend eines Krankenkassen-Verbandes in keiner Weise vorgreifen.

Aber eine einheitliche kraftvolle Bewegung soll sich darin dokumentieren, um den Krankenkassen eine ihrer Bedeutung entsprechende Einflußnahme auf die Maßnahmen der Regierung sowohl wie der anderen sozialpolitischen Institutionen zu sichern.

Die Anmeldungen zum Tuberkulose-Kongreß sind an das Bureau desselben, Berlin W., Wilhelmsplatz 2, unter Beifügung von 20 Mk. für jede Teilnehmerkarte zu richten. Die Aufwendungen aus Kassenmitteln für die Beschickung des Kongresses sind durchaus zulässig und können von keiner Aufsichtsbehörde beanstandet werden, da der Tuberkulose-Kongreß für die Interessen der Krankenkassen und ihrer Versicherten von derselben ungeheuren Bedeutung ist wie für die Invaliditätsanstalten und die anderen sozialpolitischen Körperschaften, welche sämtlich vertreten sein werden.

Von jeder Anmeldung ist dem Bureau der Zentralkommission der Krankenkassen, Berlin SO., Brückenstr. 10a, Mitteilung zu machen. Auch sind hierher alle Anfragen betreffs der Krankenkassen-Konferenz zu richten, sowie statistisches Material bezüglich der Lungenschwindsucht zu übersenden, da solches auf dem Kongreß durch die Zentralkommission ausgiebigste Verwertung findet.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins.
J. A.:

Dr. Friedeberg, Brückenstr. 10a, Vertrauensarzt der Zentralkommission.

Eugen Simanowski, Gartenstr. 78 II. Vorsitzender der Zentralkommission.

Um möglichste Verbreitung dieses Aufrufs in der Presse wird ersucht.

Der anastatische Umdruck.

(Schluß.)

Folgende Methode hat sich gleichfalls sehr gut bewährt: Den anastatisch zu übertragenden Druck bringt man in eine Porzellantasse mit einem Gewichtsteil Eisessig und und drei Gewichtsteilen Wasser, und zwar je nach dem Alter des Druckes oder der Qualität des Papieres, eine halbe bis dreiviertel Stunde; bei dieser Manipulation ist besondere Vorsicht zu empfehlen, da sich schlechte, Holzschliff enthaltende Papiere in der Flüssigkeit bald erweichen, abfasern oder zerfallen. Der Druck wird hierauf aus der Tasse genommen, auf eine Glas- oder Zinkplatte gelegt und die noch vorhandene Säure mit einem in Wasser getauchten Schwamme vorsichtig entfernt; um jede Spur von Säure zu entfernen, kann derselbe eventuell mit verdünntem Ammoniak neutralisirt werden. Sodann wird der ganze Druck mit ziemlich dünnem Kleister überzogen und nun mit guter Umdruckfarbe, welcher man eventuell einige Tropfen Lavendelöl beimengt, mittelst eines weichen Aufreibeschwammes leicht und vorsichtig angerieben. Wenn alle Teilchen gleichmäßig Farbe angenommen haben, was an dem Glanze der Linien leicht erkennbar ist, bringt man den Druck samt der unterliegenden Glasplatte zirka eine Minute unter eine Wasserbrause, bis Papier und Farbe vollkommen vom Kleister befreit sind, indem sonst, wenn auch nur eine ganz dünne Schicht Kleister auf dem Papiere noch vorhanden wäre, der Umdruck mißlingen, d. h. auf dem Steine keine Haltbarkeit besitzen würde. Ist das Auswaschen besorgt, so wird der Druck — am besten durch Aufhängen — getrocknet, sodann zwischen gut gefeuchtete Makulaturbogen gelegt und wie jeder auf Stein zu übertragende Umdruck behandelt. Dieses Verfahren ist vielleicht das billigste unter allen anastatischen Methoden; es belaufen sich die Kosten, abgesehen von den Materialien, die der Umdruck erfordert, auf einige Pfennige für einen Umdruck und bietet dasselbe trotzdem eine große Sicherheit bezüglich des Gelingens.

Dem anastatischen Umdruck sehr abträglich kann das Papier oder die Farbe oder beides zusammen sein. In der gegenwärtigen Zeit wird das Papier selten mehr aus Hadern allein wie früher gemacht, sondern es sind hauptsächlich den billigeren Sorten Holz, Stroh, Gyps, Schwerspatz u. dergl. beigemischt. Derartige Papiere sind, besonders wenn sie nicht gut geleimt waren, dem anastatischen Verfahren außerordendlich abträglich, und es bedarf großer Erfahrung und Sachkenntnis, um einen brauchbaren Umdruck zu erhalten. Eine annähernde Feststellung des Stoffes, aus welchem das Papier besteht, ist daher unter allen Umständen vorher notwendig. Aber auch das alte Papier, welches aus Hadern allein hergestellt wurde, ist in seinen Eigenschaften sehr verschieden. Papier aus schlechten Hadern angefertigt, hat fettige Substanzen in sich, welche auf dem Lithographiestein gleich einer mit schweißigen Händen begriffenen Autographie, schwarze Flecke hinterlassen, welche man vorher nicht bemerken kann. Ebenso ist es auch bei Reproduktion solcher alter Blätter, welche viel abgegriffen sind oder Rostflecke enthalten. Derartige Mängel müssen vor dem Umdruck durch geeignete Mittel beseitigt werden. Papier, welches gypshaltig ist, saugt zwar den Druck gut an, jedoch wird der Haarstrich des Buchstaben oftmals nicht gut ausgedruckt; in Folge des Gypsgehaltes wird auch die Farbe entfettet. Ebenso verhalten sich Papiere, welche ursprünglich nicht und erst nach dem Drucke geleimt wurden.

Aber auch die Farbe, mit welcher das Orginal gedruckt wurde, ist sehr verschieden, am leichtesten reproduzieren sich auf lithographischem Wege hergestellte Drucksachen, da vom Steine in der Regel nur mit kompakter fester Farbe gut gedruckt werden kann. Ältere Drucke sind meist auch mit guter Farbe hergestellt und lassen sich, abgesehen von den erwähnten Mängeln, auch zum größten Teile nicht allzuschwer reproduzieren; nicht aber, wenn die Farbe bereits eine bräunliche Färbung angenommen hat, was von den schlechten Ölen herrührt, welche man seinerzeit der Druckerschwärze beigemischt hat.

Solche Druckwerke gehören dann zu den schwierigen Reproduktionen, sowie auch, wenn der Buchdrucker das sogenannte „Schmitzen" oder Abziehen nicht verhüten konnte, oder wenn mit starker „Schattirung" gedruckt wurde, dann muß durch Retouche, Ausschaben von Buchstaben auf Stein u. s. w. nachgeholfen werden. Buchdruckarbeiten jüngeren Datums lassen sich oft schlecht reproduzieren wenn dieselben aus einer Buchdruckerei hervorgegangen sind, wo schlechte Druckerschwärze verwendet wird.

Die Zusammensetzung der Farbe spielt selbstverständlich bei der Reproduktion auf chemischen Wege die Hauptrolle. So sind Kupferstiche stets die schwierigsten Reproduktionen, die zum Druck verwendete Farbe besteht nicht, wie Steindruck- oder Buchdruckfarbe, aus Leinöl, welches zu Firniß gekocht und mit Ruß vermengt ist, sondern ist aus weniger fetthaltigen Oelen zusammengesetzt. Alle mit bunten Farben gedruckten Objekte reproduzieren sich schwer weil die bunten Farben im Allgemeinen fettaufsaugender sind als die schwarzen. Auch solche schwarze Farben, welche fettaufsaugende Mittel, wie: Mennige, Ultramarin, Pariserblau oder Kreide u. s. w., sowie Trockenmittel, wie: Siccative, Oxal- oder borsaures Manganoxydul, beigemischt wurden, setzen der Anastatik großen Widerstand entgegen. Bei Drucksachen, welche graue und zarte resp. sehr feine Schrift haben, geht der Orginaldruck verloren.

Reproduziert kann jede Drucksache, auch zweiseitig gedruckte Bogen, werden, doch ist es hinsichtlich größerer Auflagen nur dann zu raten, wenn der Schriftsatz ein sehr kostspieliger ist oder die betreffenden Typen nicht mehr existiren. Beschnittene Bücher werden mit den entsprechenden Seiten zusammen reproduzirt und mit Zuhilfenahme eines Einteilbogens kurz vor dem Trockenwerden, resp. der Übertragung, gleich einem lithographischen Umdrucke, ausgenadelt.

Der Orginaldruck verändert sich in seiner Papiereigenschaft, d. h. das Papier wird durch die Säurebehandlung, und zwar je nach den darin enthaltenen Stoffen, außer der Leimentziehung, bei Holzschliffpapieren gelb oder grau, wenn nur Hadern enthalten sind, weiß. Bei ersteren Papieren ist die Reproduktion oftmals durch bedeutende Retouche zu ergänzen, da die kleinen Holzsplitter, welche im Papiere in bedeutender Anzahl enthalten sind, durch die Bäder meist blank werden; hier hat eine Verbindung der Druckfarbe mit dem Papiere nicht stattgefunden, vielmehr erscheint der Buchstabe schon jetzt auf solchen Stellen zerrissen und überträgt sich auch mangelhaft.

Korrespondenzen.

Frankfurt a. M. Die Verschmelzungsfrage verbreitet schon eine solche Hitze, einen solch heiteren Schein und Licht, daß die größten Nachteulen bis herab zum kleinsten Käuzchen, geblendet aus ihrem Schlupfwinkel vorsichtig hervorhuschen. Und wenn nun eine Anzahl anderer, einer edleren Gattung angehörenden Individuen in diesen Wirbel gezogen werden, so kann das nur von Vorteil sein, denn wenn sie sich ihre Gesellschaft betrachten, in die sie zum Teil wider ihren Willen gezogen wurden, wenn sie sich informiert haben, mit wem sie es zu thun hatten, so werden sie sich an das Sprichwort erinnern: Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist. Ich sage, dieser ganze Tanz ist ein Vorteil. Es ist eine Teilnahme am Leben, im Gegensatz zum Schlaf. Und lange genug haben unsere Kollegen geschlafen. Die „Gr. Pr." kommt aber jetzt immer mehr zur Geltung. Die Zahl der Unorganisierten, die mit Eifer jetzt die Gr. Pr. lesen, sie wächst bedeutend. Wenn auch ein großer Teil dieser Interessenten auch vorderhand nur den polemischen Teil, die Korrespondenzen, verfolgt und diejenigen Artikel, die mit manchmal wahrer Schönheit, die Notwendigkeit der Organisation überhaupt und im Gefolge die Verschmelzung erläuterte, ignoriert oder mit unverzeihlicher Arroganz ausruft: „O das les' ich gar nicht", sie sind eben doch in den Strudel gezogen worden, obgleich sie schon lange bewiesen haben und noch immer beweißen, welch Geistes Kinder sie sind. Bevor ich nun dazu übergehe, den kurzen Sinn des langen, nichtssagenden, einen Appell an die Leidenschaft richtenden Artikels, unterzeichnet von Oberlithographen, Oberdruckern und solchen, die es werden wollen und gewesen sind, zu beleuchten und ihn verständlich zu machen, muß ich mich erst an eine verwande Seele dieser Auchkollegen wenden, obgleich er schon vom Kollegen Meier seines gleißenden Glanzes entkleidet wurde. Es ist dies Kollege a. D. Frommelt. Auch dieser Kollege verlangt, gleich seinen Geistesverwanden, Sachlichkeit. Ja Sachlichkeit! — Wer lacht da. Kollege Frommelt, der es sich in seiner Antiverschmelzungsglühhitze nicht verbeißen kann, einem Kollegen, der von seinen heftigsten Gegnern, in dieser Art des Vergehens gewiß als einer der friedfertigsten gilt, wenn er auch mit seiner spitzen Feder Vorbeannten etwas kitzelt, vorzuwerfen, er würde sich hinreißen lassen, „Maulschellen" zu erteilen, dieser Kollege Fr. verlangt Sachlichkeit? — Nein, nein! In jener Beziehung hat Kollege Fr. von uns nichts zu befürchten. „Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren" kämpfen wir, da muß er, wenn er glaubt, eine Maulschelle verdient zu haben, sich vertrauensvoll an eine verwandte Seele wenden, z. B. an den schlagfertigen Kollegen Paul Hantusch aus Dresden, der auch einer der Flugblattunterzeichner ist. Es fragt sich noch, ob er seiner natürlichen Veranlagung nicht Zügel angelegt hat und sich bei einem etwaigen Ansuchen des Kollegen Fr. etwas zurückhält, nachdem die „sachliche" Heldenthat doch etwas theuer zu stehen kam, so daß viele Wochen sehr angestrengter Hausarbeit dazu nötig war, um die darüber ausgestellte Quittung zu begleichen. Auch dieser ehrenwerte Kollege verlangt Sachlichkeit! — Die ablehnende Haltung des Kollegen Fr. zur Verschmelzung will ich ihm gar nicht übelnehmen, das ist sein Recht, wenn er auf Grund seiner Meinung dazu kommt, denn er ist in der Organisation, ist also ganz anders zu beurteilen, als solche, die sich aus Rücksicht auf ihre Sonderbestrebungen nie und nimmer herbeilassen werden, einer Organisation beizutreten, die ihre eigenen krummen Wege durchkreuzt. Aber gerade aus diesem Grunde will ich ihn darauf hinweisen, einmal darüber nachzudenken, wieso es kommt, daß er mit solchen Leuten an einem Strang zieht und zwar hinten am Wagen. Wie es kommt, daß seine Bestrebungen diesmal zusammenfallen mit denen von Streikbrechern und der ganzen obigen Sippschaft. Ich meine, wenn sich das überlegt, so muß es ihm klar werden, in welcher Lage er sich befindet Das allein schon muß ihn stutzig machen. Wenn er weiter in Betracht zieht, daß die ganze Hetze der „Antis" sich als Mittel zum Zweck entpuppt, um denjenigen, die auf eine Hebung der Klassenlage der gesamten Kollegen hinwirken, einen Seitenstoß zu versetzen und dies noch angesichts der Zusammenschließung der Prinzipale aller Orte, so kann ich nur ausrufen: „Es thut mir in der Seele weh, daß ich dich in d e r Gesellschaft seh!" Dies gilt auch noch für manchen anderen. Aus den oben angeführten Gründen verzichte ich darauf, dem Kollegen Frommelt alle seine zahlreichen Irrtümer und etwas großen Ungereimtheiten ins richtige Licht zu setzen, z. B. seine Antwort über das Ideale. Da ist er eben so starr über die Antwort, daß er nichts mehr anderes weiß, als sich so zu stellen, daß er es nicht besser verstände. Wenn jemand, wie er sagt; „die Verschmelzung ꝛc. ist etwas

Historienmalerei.

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Auch in Frankreich wurde die Historienmalerei um die Mitte dieses Jahrhunderts unter dem „Bürgerkönig" eifrig gepflegt. Louis Philipp rief im Herbst 1833 eine ganz eigenartige Schöpfung ins Leben, indem er die Umwandlung des Schlosses zu Versailles in ein historisches Museum dekretierte, das alle Erinnerungen aus der Geschichte Frankreichs unter allen Regimes in sich vereinigen sollte. Die französischen Historienmaler fanden dabei überreiche Beschäftigung und hatten vollauf Gelegenheit, ihr Können zu zeigen. Als dann 1837 das Museum eröffnet wurde, zeigte es sich, daß man allen Parteien ohne Unterschied gerecht geworden war, und mit Recht konnte ein Berichterstatter am Tage nach der glänzenden Eröffnungsfeier schreiben: „Le roi n'a oublié personne!"*) Sowohl der alte Adel als auch die Revolutionsmänner sahen gleichmäßig ihre Thaten in Bildern verherrlicht und so herrschte deshalb allgemeine Zufriedenheit über diese Schöpfung des „Bürgerkönigs." In diesen Bildern war eine Vereinigung von Kunst und Politik zu stande gebracht worden und die Maler fanden bald Geschmack an dieser Art von Kunstschöpfungen, umsomehr, als die Kritik durchaus auf ihrer Seite stand und sie in ihrem Schaffen unterstützte. So konnte es kommen, daß auch bei uns ein neues Gemälde aus der Hussitenperiode der Reformation langweilige, historisch-politische Erörterungen veranlassen konnte, in denen von allen die Rede war, nur nicht von der Kunst. Ueber Historienbilder können ganze Bände geschrieben werden, nicht aber über bedeutende Kunstwerke. Will man z. B. — wie Dr. Neumann in einem interessanten Vortrage bemerkte — die Bedeutung der Rafael'schen Madonnen erklären, so genügen dazu zwei Zeilen, während es zur Erläuterung der Kaulbach'schen Wandgemälde eines ganzes Bandes geschichtsphilosophischer Abhandlung bedarf. Und das ist nur zu erklärlich. Der Historienmalerei war ja die Aufgabe gestellt, zur Verbreitung geschichtlicher Kenntnisse beizutragen, sie sollte eine pädagogische Mission erfüllen. Dabei vergaß man, daß die Kunst nicht für einen bestimmten Zweck oder irgend eine Tendenz benutzt werden darf, wenn anders sie nicht ihrer hohen Bedeutung entäußert und zur Dienerin herabgewürdigt werden soll.

Es konnte denn auch nicht ausbleiben, daß sehr bald aus den Reihen Gelehrter, Dichter, vor allem aber Künstler, sich eine starke Bewegung gegen die Historienmalerei geltend machte. Man wies darauf hin, daß die Malerei nicht berufen ist, Geschichte zu lehren. Der Historienmalerei wurde die künstlerische Berechtigung abgesprochen und ihr ganz entschieden der Krieg erklärt.

Viele bedeutende Künstler behaupteten, die historischen Bilder wirkten nur dekorativ und hätten mit der wahren Kunst nichts zu thun, weil sie sich auf theatralische Aeußerlichkeiten beschränkten; ihre Stoffe seien in der Poesie, dem Epos und auf der Bühne weit wirksamer und mit entsprechenden Mitteln darzustellen. Dagegen aber schaffe das Innere eines einfachen Zimmers mit einfallendem Sonnenlicht, wie es z. B. Rembrandt gemalt habe, eine Kunstwirkung, die der Malerei allein gehört und bis heute noch ohne Konkurrenz dastehe.

In Frankreich wurde die Agitation zuerst und am lebhaftesten betrieben, sodaß bereits 1848 die französische Historienmalerei den Todesstoß erhielt. Während aber in Frankreich die neuen künstlerischen Anschauungen schon Mitte der sechziger Jahre allgemein zum Siege gekommen waren, lebte man in Deutschland noch in den alten Traditionen, unberührt von den Wehen des neuen Geistes. Was damals in deutschen Ausstellungen auf Anerkennung und Medaillen zu rechnen hatte, das war nur die Historienmalerei, die von Frankreich über Belgien zu uns gekommen war. Erst Anfang der siebziger Jahre machte sich auch in Deutschland eine Bewegung gegen die Historienmalerei geltend und als dann 1882 in Oesterreich, gelegentlich des 600-jährigen Jubiläums des Hauses Habsburg, die Maler aufgefordert wurden, dem österreichischen Staatsgedanken im Bilde zu verherrlichen, weil das die würdigste Aufgabe der Kunst sei — da erhielt die Agitation gegen die Historienmalerei wieder neue Nahrung und auch jetzt noch ist diese Agitation lebhaft thätig.

(Schluß folgt.)

*) „Der König hat niemand vergessen."

ideales, aber ich kämpfe dagegen", so hat er sich selbst gerichtet. Oder nicht? Liegt das noch zu hoch? — Sehr schön hat er dann die Oberlithographen ꝛc. geschildert, dieselben Leute, mit denen er an einem Strang zieht; mir scheint seine Schilderung sogar etwas zu weit gegriffen, weil es eben doch rühmliche Ausnahmen giebt, aber eben nur Ausnahmen. Wenn er ferner noch in holder Eintracht weiter mit solchen geht, nachdem ihm gesagt wird, daß unter den 15 unterzeichneten Personen des Flugblattes nicht weniger wie 9—10 in die von ihm geschilderte Kategorie gehörten und nur einer organisiert ist, dann muß man eben annehmen, daß er unempfindlich gegen solche peinliche Dinge ist und er eine „Dickhaut" um sich herum hat, im Gegensatz zu den Unterzeichnern, die sie in der Mitte haben. Die 15 unterzeichneten Teilhaber des geistigen Eigentums obengenannten Flugblattes schreiben in ihrer neuesten Erwiderung in der Gr. Pr., daß sie auf die annonymen Angriffe eines Kollegen sich in keine Schreibereien einlassen wollten, weil der nur seinem Groll Luft machen wollte. Groll ist gut! Wenn sie wüßten, für wie schwer oder leicht sie jener Kollege einschätzt, würden sie nicht von Groll sprechen. Doch Sachlichkeit wünschen sie ja. — Aber da fällt mir ein, wenn es ihnen um die Sache zu thun ist, was wollen sie denn da mit den Namen der Artikelschreiber? Wollen sie vielleicht eine schwarze Liste anlegen, oder, weil sie selbst auf die schwarze Liste gehören, vielleicht eine rote Liste? Wollen sie vielleicht als Unteroffiziere des Kapitals jene einmal mit der Hungerpeitsche kurangen? Wollen sie vielleicht auf diese Art die Ruhe des Friedhofes erzwingen? Sachlichkeit wollen sie, die Herren, was wollen sie denn da mit den Namen? Wenn die annonymen Schreiber daran Schuld sind, daß sich die hiesigen Bundesmitglieder aufrafften, können dieselben in ihrer Thätigkeit nur weiter angespornt werden, denn da haben dieselben sich ein großes Verdienst erworben. Die Aufraffung war sehr nötig. Und wenn die Mitglieder jetzt noch hinter den Unteroffizieren und Hintermännern nachlassen und schließlich erkennen, daß sie nicht geführt, sondern genasführt werden, dann raffen sie sich vielleicht nocheinmal einen Ruck weiter auf. Seit wann sind denn die Angeber, die Hintermänner, die Unteroffiziere, die Ratgeber der von ihnen verratenen Masse? Kollegen besinnt Euch! Greift Euch an die Stirn, bevor ihr weiter folgt. Diese selben Leute, heißt es im veröffentlichten Flugblatt, müssen ihr Geld gerade so schwer verdienen, wie die anderen. O welche Heuchler! Freilich ist es eine große Last und Arbeit, bis man die Kollegen hinter einander gehetzt hat, um sie zu entzweien, um dann einer wehrlosen Kollegenschaft den Preis für die Arbeit zu drücken, die Arbeitszeit zu verlängern ꝛc. Aber dafür bekommen die Herren dann ihren Lohn, 30 und viel mehr Silberlinge. Wenn nun solche Herren mit ihren Hintermännern ihre Namen groß veröffentlichen, damit sie jeden kund geben, der unter ihnen steht: „Seht, das wünschen wir", so bekommen sie auch dafür ihren Lohn und wenn es nur einige freundliche Worte sind; das thut gut. — Aber etwas ist die Folge von der Geschichte. Man wird veranlaßt, zu untersuchen: Sind die betreffenden Personen in der Lage, so mit ihren Namen zu prunken? Welche Motive verleiten sie dazu? Hat nicht dieser und jener Veranlassung, sich fein säuberlich in die Ecke zu ducken? — Kann er die stechende Sonne der öffentlichen Kritik vertragen? — Das wird einmal bei einer anderen Gelegenheit, von irgend einer dazu berufenen Seite, wenn absolut nötig, beantwortet werden müssen. Und bevor dies geschieht, rate ich den betroffenen, so lange sie sich nicht durch ein anderes Benehmen, durch ein ehrlicheres Vorgehen einen anderen Platz erobert haben, dies alles zu überlegen, wie es Männern geziemt. Mein Schluß ist: Lernt, ihr seid gewarnt!

A. B. C.

Berlin. Die im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am 1. Mai vormittags eine von ca. 800 Personen besuchte öffentliche Versammlung in der Bockbrauerei Tempelhofer Berg ab. Kollege Silber sprach über die Bedeutung des ersten Mai. Redner führte an der Hand zahlreicher Beispiele an, welche schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse für die große Mehrzahl der Arbeiter in Deutschland besteht. Redner kommt auf den Unternehmer-Terrorismus zu sprechen und auf die Zuchthausvorlage. Eine Aenderung kann nur eintreten, wenn die Arbeiter sich so stark organisieren, daß man ihnen solche schlechten Verhältnisse nicht anzubieten wagt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen erklären, daß sie gewillt sind, mit aller Energie für die in der Maifeier zum Ausdruck kommenden Forderungen, für den Achtstundentag, die internationale Solidarität und den Völkerfrieden, einzutreten.

Vor allem wird die Arbeiterschaft bereit sein, ihre ganze Kraft für Reformen auf wirtschaftlichem Gebiet, besonders für die Einführung eines ausreichenden wirksamen Arbeiterschutzes einzusetzen. Die Versammlung erhebt Protest gegenüber den Bestrebungen jener reaktionären Elemente, die das Vereins- und Versammlungsrecht der Arbeiterklasse beschränken und das Koalitionsrecht entreißen wollen. Die Unterdrückungsmaßregeln und Organisationsbestrebungen des Unternehmertums gegen die Arbeiter führen uns zur Genüge zum Bewußtsein wie notwendig es ist, daß die Arbeiterklasse sich ebenfalls zu festen, alle Arbeiter umfassenden, Organisationen zusammenschließt. Das Rundschreiben des Grafen Posadowsky, die angekündigte Zuchthausvorlage und das Löbtauer Urteil kennzeichnen den heutigen sozialpolitischen Kurs. Die Arbeiterklasse wird, unbeirrt durch die Maßnahmen ihrer Feinde, unermüdlich vertrauend auf ihre eigene Kraft, am Aufbau besserer Zustände für die Arbeiterschaft thätig sein, und sie wird sich ferner mit Entschiedenheit dagegen wenden, daß man sie in ihren Rechten gegen die besitzende Klasse herabsetzt.

Diese Ziele zu erreichen, zur Abwehr gerüstet zu sein, hierfür mit aller Energie einzutreten, verpflichten sich alle Anwesenden.

Die Versammelten richten brüderliche Grüße an die zur Bekundung der Solidarität heute am 1. Mai versammelten Arbeiter der ganzen Welt.

Reicher Beifall wurde dem Redner zu teil. Von den Sängern wurden zu Beginn und zum Schluß der Versammlung einige Arbeiterlieder vorgetragen, welche ebenfalls sehr beifällig aufgenommen wurden.

R. Sch.

Breslau. Am 24. April hielt der S.-B., Mitgliedschaft Breslau, im Café Restaurant seine Mitgliederversammlung ab, welche sehr zahlreich besucht war. Auf der Tagesordnung stand u. a. auch der wichtige Punkt: Urabstimmung über die Verschmelzung und fand hierüber eine sehr lange und aufgeregte Debatte statt. Die beiden vom Hauptvorstand und von der Kontrollkommission herausgegebenen Flugblätter wurden eingehend besprochen und gelangte die Versammlung zu der Ueberzeugung, daß das eigenmächtige Vorgehen des Hauptvorstandes durch Nichtachtung der Kontrollkommission sehr zu verurteilen sei, da doch dieselbe die Stimme jedes einzelnen Mitgliedes vertritt, wo es sich um Beschlüsse des Hauptvorstandes handelt. Auf Grund dieses wurde folgende Resolution eingebracht und gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die am 24. April tagende Mitgliederversammlung der Mitgliedschaft Breslau des deutschen Senefelder-Bundes kann das Vorgehen des Hauptvorstandes der Kontrollkommission gegenüber, betreffend die Herausgabe des deutlich für die Verschmelzung des Senef.-Bundes mit dem Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen agitierenden Flugblattes nicht billigen und erklärt derartige Maßnahmen, gegenüber den einstimmigen Beschlüssen der Kontrollkommission für eine Schädigung der Interessen der gesamten Mitglieder des deutschen Senefelder-Bundes und beantragt, daß die Herausgeber des Flugblattes auch dessen Kosten selbst tragen.

A. H., Schriftf.

Hannover. Die vom Kollegen Meier-Frankfurt in Nr. 18 der „Gr. Pr." gebrachte Erwiderung beweist nichts anderes, als daß er durch meinen in Nr. 17 gebrachten Artikel in die Enge getrieben, eine Verlegenheitsausrede gesucht und auch gefunden hat, indem er sagt: Meine Widerlegungen hätten sich nur in der Atmosphäre hinter einem Schankbüffet entwickeln können, mit anderen Worten, ich wäre besoffen gewesen. Kollege M. hat durch seine Aeußerungen wieder mal so recht seine Ungeschliffenheit bewiesen, denn in einer derartigen ungebildeten Weise seine Kollegen anzugreifen, ist, gelinde gesagt, flegelhaft, als Hauptvorstandsmitglied des deutschen S.-B. legt er hierdurch keine Ehre ein. Als Beweis dafür, daß ich in Nr. 17 der Gr. Pr. die Meinung der meisten Mitglieder des Bundes ausgesprochen habe, gelten die vielen Zuschriften welche ich von Mitgliedern aller Orte, teilweise sogar im Auftrage der Mitgliedschaften, erhalten habe. Damit ist auch der Schlußsatz in Nr. 18 der Erwiderung hinfällig. Kollege M. soll nur ja den Mund nicht so voll nehmen „von den Kollegen Deutschlands", indem er nicht einmal seine Frankfurter Kollegen hinter sich hat. Deshalb, Kollege Meier, die Faust in die Tasche und für mich Schluß in dieser Angelegenheit.

Fr. Frommelt.

Leipzig. Eine am 6. Mai stattgefundene Versammlung der Mitglieder des Senef.-Bundes nahm bei Punkt 2 der Tagesordnung: Antrag des Hauptvorstandes: Aenderung des § 30 des Statuts durch Urabstimmung, folgende Resolution an:

„Die heute in der „Flora" tagende Versammlung der Mitglieder des Senef.-Bundes erklärt sich gegen den Antrag des Vorstandes. Die Abänderung des § 30 betreffend und zwar aus dem Grunde, weil dieser Antrag nicht die Härten des § 30 in dem Maße beseitigt, wie solches in dem Antrag der Mitgliedschaft Leipzig vorgesehen war. Aus diesem Grunde verlangen die heute versammelten Mitglieder eine Urabstimmung über den in Händen des Vorstandes befindlichen Antrag der Mitgliedschaft Leipzig."

Ausführlicher Bericht folgt.

Schweidnitz. Anläßlich des Weltfeiertags des Proletariats unternahmen die hiesigen Kollegen unter allgemeiner Beteiligung nebst Damen am 30. April einen Ausflug nach der Merkelshöhe ins Böjendorfer Gehölz. Bei prachtvollem Wetter, sowie Gesang und Humor vergaß ein jeder auf einige Stunden seine Alltagssorgen. Das Fest nahm inmitten des Waldesgrüns einen fröhlichen Verlauf. — Am 4 Mai fand die übliche Monatsversammlung statt. Der Vertrauensmann gab bekannt, daß sämtliche 9 Bundesmitglieder am Orte bei der Urabstimmung mit ja zur Verschmelzung gestimmt haben. Nach Erledigung der Quartalsabrechnung wurde bezüglich des hier zu gründenden Gewerkschaftskartells Kollege Zappe als Delegierter der hiesigen Lithographen und Steindrucker gewählt.

Z.

Weimar. Am Montag, den 27. April, fand hier im „Gasthaus zum Schwamm" eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Warum organisieren wir uns? Referent: Gauvorsitzender Schön-Erfurt; 2. Wie stellen sich die Kollegen zur Bezahlung der gesetzlichen Feiertage; 3 Verschiedenes. Nachdem der für diese Versammlung gewählte Vorsitzende dieselbe eröffnete und zugleich darauf hinwies, daß trotz sehr ausreichender Bekanntmachung unter den Kollegen, dieselbe sehr schwach besucht wäre, erteilte derselbe dem Referenten das Wort. Redner entledigte sich seiner Aufgabe sehr gut, besonders wies er darauf hin, daß sich die Prinzipale ebenfalls organisieren unter der Angabe, der Schmutzkonkurrenz vorzubeugen, was ganz gut sei, wenn dieses der wahre Sachverhalt wäre, aber man dürfe mit Recht vermuten, daß es den Herren nur darum zu thun sei, das von der Organisation Errungene von sich abzuschütteln, denn die Prinzipale haben gesehen, daß wir eine starke Organisation sind. Wir können nur deshalb jeden Kollegen zurufen: Wacht auf! Tretet ein in die Reihen der für eine bessere Existenz kämpfenden Kollegen, damit die Prinzipale sehen, daß wir nicht Willens sind, um jeden ihnen nur passenden Lohn zu arbeiten. Reicher Beifall wurde dem Redner am Schluß seines Vortrags zu teil. Zwei Kollegen meldeten sich zur Aufnahme. Bei Punkt 2 wurde darauf hingewiesen, daß in ganz Weimar die Feiertage bezahlt werden, nur in der großen Firma H. Gründaum nicht, trotzdem, daß es schon manchen versprochen sei. Es wurde beschlossen, bei Engagement in diese Firma vorsichtig zu sein und immer die Feiertage bezahlt zu verlangen. — Unter „Verschiedenes" kam noch mancher Uebelstand bei der Firma zur Sprache, auch wurde das Verhalten eines sogenannten Aufsichkollegen, welcher den Chefs Zuträgerdienste leistet, um sich so seine Stelle zu sichern, weil nämlich seine Kunst nicht weit her ist, gemißbilligt. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die hiesigen Kollegen, treu zur Sache zu halten, möge kommen, was da wolle, denn: „Einigkeit macht stark."

X. S.

Verschiedenes.

Warnung! Wir warnen die Sektionsvorstände und die Kollegenschaft überhaupt vor dem **Umbrucker Leonhard Nüssel aus Nürnberg.** Derselbe hat in Basel und Bern in weitestgehendem Maße und in der unehrlichsten Weise die Opferwilligkeit der Kollegen mißbraucht. Auf Antrag der Sektionen Basel und Bern hat der Zentralvorstand den Leonhard Nüssel aus dem Schweiz. Lithographenbund ausgeschlossen und werden deshalb die Viatikumsauszahler aufgefordert, dem Betreffenden die Reisekarte, in deren Besitz er noch ist, abzunehmen, und ihn auf diese Weise unschädlich zu machen. Der Zentralvorstand.

Maschinenmeister und Handdrucker. Von Bedeutung ist ein Rechtsstreit, der dieser Tage die Kammer VIII des Gewerbegerichts in Berlin beschäftigte. Der Maschi.-Mstr. H., der in der Steindruckerei von Liebmann u. Co. thätig war, wurde eines Tages aufgefordert, eine Zeit lang die Handpresse zu bedienen. Seine Maschine sollte inzwischen zu einer Druckarbeit benutzt werden, für die man ihn die nötigen Fähigkeiten nicht zutraute. H. weigerte sich, an der Handpresse zu arbeiten, worüber es zu einer Auseinandersetzung kam, die mit der Lösung des Arbeitsverhältnisses endete. H. hielt sich für entlassen und verklagte die Firma Liebmann u. Co. auf Gewährung einer Lohnentschädigung von 57 Mk., indem er geltend machte, er hätte als Maschinenmeister die Handpresse nicht bedienen brauchen, und zwar umsoweniger, als seine Maschine von einem andern benutzt werden sollte. Nach der Beratung des Gerichtshofes vergleichen sich die Parteien auf den Rat des Vorsitzenden Dr. Meier auf 30 Mk. Gewerberichter Meier publizierte dann als Ansicht des Gerichtshofes folgendes: Das Gericht sei auf Grund des Gutachtens seiner sachverständigen Mitglieder dem Kläger darin beigetreten, daß er als Maschinenmeister nicht verpflichtet gewesen sei, an der Handpresse zu arbeiten. Die Aufforderung dazu habe H. mit Recht als eine Zurücksetzung empfunden. Habe nun auch der Oberdrucker dem Kläger gegenüber nicht von einer Entlassung gesprochen, sondern nur zu ihm gesagt, er solle nach Hause gehen, so komme dies hier doch einer Entlassung gleich. Andererseits hätte es der Kläger doch nicht unterlassen sollen, den Oberdrucker darauf aufmerksam zu machen, daß er klagen wolle, durch welche Erklärung er vielleicht den Rechtsstreit verhindert hätte. Es wäre deshalb ein Vergleich angebracht.

Briefkasten der Redaktion.

A. Obermeier, München. Wegen Uebergewicht 20 Pf. Strafporto bezahlt.

Anzeigen.

Deutscher Senefelder-Bund.

Mitgliedschaft Berlin.

Dienstag, den **16. Mai 1899,** abends 8½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

im **Restaurant Wiegel,** Stralauerstraße 57.

Tag.-Ord.: Die Urabstimmung über die Frage der Verschmelzung und über § 30, Abs. 1 des Statuts.

Für den Vorstand: Paul Möhring.

Verein der Lithographen, Steindrucker u. Berufsg. Deutschl.

Filiale Berlin I.

Donnerstag, den **18. Mai,** abends 8½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

im **„Englischen Garten",** Alexanderstr. 27 c.

Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Vortrag des Genossen Zubeil; 3. Diskussion; 4. Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Verwaltung.

Verein der Lithographen, Steindrucker u. Berufsg. Deutschl

Mitgliedschaft Darmstadt.

Sonntag, den 20. Mai, abends ½9 Uhr

Generalversammlung im Restaur. P. Guth.

Tagesordnung: 1. Rechnungsablage pro IV. Quartal; 2. Jahresbericht; 3. Neuwahl der Verwaltung; 4. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

Die Verwaltung.

Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Dresden's.

Sonntag, den 14. Mai, vormittags 11 Uhr

öffentliche Versammlung

in **Adam's** Restaurant, Kaulbachstraße 16

Tagesordnung: 1. Vortrag d. Herrn Schriftsteller **Hans Block** über Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung; 2. Gewerkschaftliches. — Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Einberufer.